

Wind-Gesetz: Dringend nötig oder falsch?

Zur Abstimmung über das neue Planungs- und Baugesetz im Kanton Luzern am 24. November

Diese Vorlage ist richtungsweisend. Die Revision des Gesetzes ermöglicht schnellere Bewilligungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen. Das ist entscheidend, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen und unsere Stromversorgung langfristig zu sichern. Der Kanton Luzern steht schon heute als Vorbild da, doch jetzt müssen wir die nächsten Weichen stellen. Durch die Beschleunigung der Verfahren und die Entlastung der Gemeinden profitieren alle. Nun gilt es, die Versorgungssicherheit mit zusätzlichem Luzerner Strom zu stärken. Mit einem Ja schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige und sichere Energiezukunft – davon ist auch eine grosse Mehrheit des Kantonsrats überzeugt.

Simon Howald, Luzern, Kantonsrat GLP

Um sich eine Meinung über die Änderung des Gesetzes zu bilden, lohnt sich ein Blick in die Gemeinde Beinwil (AG). Dort liegen, nach 13 Planungsjahren, seit Ende August die Unterlagen für drei Windkraftanlagen auf dem Lindenberg öffentlich auf. Aktuell werden die Einsprachen geprüft, Verhandlungen geführt und im Frühling 2025 kann die Bevölkerung abstimmen.

Statt dass Projektplaner und zuständige Dienststellen ihre Hausaufgaben machen, um die Planungszeit zu verkürzen, will der Kanton Luzern nun mit dem beschleunigten Verfahren die Rechte der

Bürger und die Gemeindeautonomie aushebeln. Unverständlich, denn Verfahrensverzögerungen werden durch das Verbandsbeschwerderecht der Umweltverbände ausgelöst und nicht durch die Stimmbürger einer Gemeinde. Die Wahrung demokratischer Rechte erhöht die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Ein zentrales und beschleunigtes Verfahren beim Bau einer Eisenbahn ist gerechtfertigt, da ganze Regionen betroffen sind. Beim Bau einer dezentralen Windkraftanlage, die Flatterstrom produziert, nicht. Zum hochgelobten Potenzial der Windkraft: Die 45 Anlagen in der Schweiz produzieren 0,13 Prozent des Schweizer Stroms. Würde diese Menge verzehnfacht, reicht er nicht mal für die Zuwanderung. Wenn kein Wind weht, haben wir gar nichts.

Die Änderung beinhaltet neue Vorschriften, die das Bauen noch komplexer, aufwendiger und teurer machen und zu mehr Verwaltung und Kontrollen führen. Die Pflicht zur Elektrifizierung von Parkplätzen schränkt die Wahlfreiheit ein und verursacht für Eigentümer, Mieter und Gewerbe weitere Mehrkosten. Hauseigentümer handeln bereits heute ökologisch und verantwortungsvoll und brauchen keine neuen Vorgaben.

Willi Knecht, Kantonsrat SVP, Menznau

Das Bundesamt für Energie hat 2022 in einer Studie das Windenergiepotenzial in den Kantonen errechnet. Für Luzern resultiert ein Potenzial von rund 1000 Gigawattstunden pro Jahr. Der Kanton Luzern setzt sich zum Ziel, 250 Giga-

wattstunden Windenergie jährlich zu produzieren – gemessen am Potenzial ein zurückhaltendes Ziel. Gleichwohl können damit rund 50'000 Familien-Haushalte mit Strom versorgt werden. Die Gebiete für die Produktion von Windkraft sind sehr sorgfältig ausgewählt und im Richtplan definiert. Der Rahmen für den Ausbau der Windkraft in Luzern ist klar und keineswegs überrissen. Für eine sichere, saubere und bezahlbare Stromversorgung ist es wichtig, dass wir diesen Ausbau nun schnell realisieren können und die Verfahren beschleunigt werden.

Priska Lorenz, Co-Präsidentin Neue Energie Luzern, Unternehmerin, Luzern

Hauptzweck des Gesetzes ist es, grosse Windkraftanlagen in die Landschaft zu stellen und dabei nicht von der lokalen Bevölkerung aufgehalten zu werden. Es geht um das beschleunigte Bauen ausserhalb der Bauzone im ganz grossen Stil. Die Anlagen werden bis zu 230 Meter hoch. Sie werden die Landschaft über Jahrzehnte prägen. Wo Wald steht, werden grosse Schneisen geschlagen, die Werkstrassen bleiben dann. Der lokalen Bevölkerung wird das Veto recht entzogen, die viel gelobte Gemeinde-Autonomie aufgehoben. Selbst in windschwächeren Gebieten, wo nur mit Subventionen die Rechnung für die Stromkonzerne aufgeht, wie etwa auf dem Lindenberg, wird die Landschaft verschandelt. Die Leute werden nicht mehr gefragt, sie müssen vor Gericht. Darum Nein zu diesem Diktat.

Beat Meister, Hochdorf